

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865

29.3.1865 (No. 75)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 29. März.

N. 75.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 fr. u. 2 fl. 2 fr.
Einkaufsgebühr: die gepaltene Beträge oder deren Raum 5 fr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, wofolst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

Auf das mit dem 1. April beginnende zweite Quartal der Karlsruher Zeitung nehmen alle Postämter Deutschlands und der Schweiz fortwährend Bestellungen an.

Die Bestellungen aus den Landorten können den Landpost-Boten aufgegeben werden.

Telegramme.

† **Berlin, 28. März.** Das Abgeordnetenhaus hat den präjudiziellen Antrag des Abg. Michaelis: die Berathung der Eisenbahn-Vorlagen bis zum Zustandekommen des Staatshaushalts-Gesetzes auszusetzen, in namentlicher Abstimmung mit 178 gegen 108 Stimmen abgelehnt.

Zürich, 28. März. (Schw. M.) Das Gerücht, König Victor Emanuel reise nach Lyon, um hier mit dem Kaiser Napoleon zusammenzutreffen, ist grundlos.

Rom, 27. März. (Schw. M.) Im heutigen Konsistorium hat der Papst 24 Bischöfe präconisirt.

Deutschland.

× **Frankfurt, 27. März.** Ganz unerwartet wurde auf heute eine außerordentliche Sitzung des Tagsatzung angeordnet. Es ließ sich erwarten, daß in derselben der vielbesprochene mittelstaatliche Antrag gestellt werden würde. Und in der That war dem so. Der Antrag, eingebracht von Bayern, Sachsen und Großherzogthum Hessen, geht dahin: „Hohe Bundesversammlung wolle, unter Vorbehalt weiterer Beschlüßfassung, die vertrauensvolle Erwartung aussprechen, es werde den hohen Regierungen von Oesterreich und Preußen gefallen, dem Erbprinzen von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg das Herzogthum Holstein in eigene Verwaltung nimmend zu übergeben, bezüglich der wegen des Herzogthums Lauenburg aber unter ihnen getroffenen Vereinbarungen der Bundesversammlung Eröffnungen machen.“ Diesem Antrag war der weitere angefügt, daß „in 8 Tagen“ über denselben abgestimmt werden möge. Die sofort eintretende Diskussion bewegte sich nun darüber, ob der Hauptantrag vorerst an den holsteinischen Ausschuß zu verweisen, oder ob über den Schlusssatz abgestimmt sei. Nachdem die Antragsteller letztern dahin modifizirt, daß sie die Abstimmungsfrist auf Donnerstag den 7. April) ausdehnten, entschied sich die hohe Versammlung mit 9 gegen 6 Stimmen in diesem Sinn. Preußen machte energische Gegenbemerkungen, berief sich auf seine früheren Erklärungen in gleichem Betreff, und hielt es für nicht zulässig, über die Erbansprüche des Erbprinzen von Augustenburg allein in Berathung zu treten, da Preußen und Odenburg ja gleiche Ansprüche erheben, und darum das Recht einer gleichen Behandlung hätten.

○ **Stuttgart, 27. März.** In der letzten Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurde der Etat des Finanzdepartements in Berathung genommen; derselbe wird jedoch erst in der morgigen Sitzung zu Ende gebracht werden, in welcher sodann auch die verschobene Verhandlung über die Erneuerung der Zollvereins-Verträge stattfindet. Aus der Berathung über den Finanzetat ist hauptsächlich hervorzuheben, daß der Regierung von Seiten der Kammer wieder-

holt die Vereinfachung des Verwaltungsorganismus an's Herz gelegt worden ist, um Ersparnisse zu erzielen. Sodann wurde bei den Katastertafeln die auf jedem Budget-Landtag wiederkehrende Klage vorgebracht, daß endlich einmal das seit fast 50 Jahren bestehende provisorische Grundsteuer-Kataster durch ein revidirtes definitives ersetzt werden möge. Ebenso wurde die Revidirung des Gewerbe- und des Gebäudesteuer-Katasters für notwendig erklärt. Der Hr. Finanzdepartements-Chef stellte die Revision in Aussicht, machte aber im voraus darauf aufmerksam, daß dieselbe mehrere Jahre in Anspruch nehmen werde, obschon bereits ziemlich umfangreiche Vorarbeiten dafür vorhanden seien.

Vorlegte Nacht brannten wieder, wie vor einem Jahre ungefähr, zwei unbewohnte Gartenhäuser ab, die an den äußersten Grenzpunkten der Stadt standen. Wie damals, so wird auch jetzt Brandstiftung vermutet, und befürchtet, daß sich wieder eine kleine Bande arbeitsloser Strolche herumtreibe, denen diese Uebeltaten zuschreiben sind. In- dem sind eine Menge abenteuerlicher Gerüchte darüber verbreitet, denen ein Werth nicht beizulegen ist, da die Furcht vor weiteren Brandstiftungen die Haupt- und vielleicht einzige Grundlage dafür bietet.

München, 24. März. (Schw. Mrt.) Das provisorische Komitee zur Unterstützung der Polen unter dem Vorsitz des Geh. Rathes Dr. v. Ringels hat auf heute Einladung zu einer öffentlichen Versammlung ergehen lassen, um die Hilfeleistung für die Flüchtlinge zu regeln und Beiträge entgegenzunehmen. — Das Verbot der Theilnahme am deutschen Städte tag, welches zunächst von der Kreisregierung in Augsburg erlassen wurde, wird von den liberalen Blättern energisch angegriffen und verurtheilt, und wird voraussichtlich Stoff zu einer nicht uninteressanten Kammerdebatte liefern. — Das selbsterhaltene Verbot der Aus- und Durchfuhr von Waffen und Kriegsmunition nach Rußland und Polen ist modifizirt worden und besteht in seiner Strenge nur noch bezüglich der Ausfuhr nach dem Königreich Polen vollständig fort. — Eine Nachricht, daß in Tyrol die Kinderpest ausgebrochen sei, wird in den heutigen Blättern für unwahr erklärt.

Aus Bayern, 24. März. Die von der bayerischen Fortschrittspartei herausgegebene autographirte Korrespondenz schildert die Parteiverhältnisse in der bayr. Abgeordneten-Kammer (1863 gewählt) wie folgt:

Als organisirte Fraktion mit Programm, regelmäßigen Vorbesprechungen u. d. m. trat vom ersten Tag der neuen Kammer an die kleine Fortschrittspartei auf, deren Bildung schon in das Jahr 1861 fällt. Sie zählte 6 Abgeordnete aus mittelbairischen, 6 aus schwäbischen Wahlbezirken und je einen, mit Ausnahme Oberbayerns, aus den übrigen Kreisen. Einige andere, den fränkischen Landesstellen und der Pfalz angehörige Mitglieder stimmten regelmäßig mit der Fortschrittspartei. Dieser Partei am nächsten stand die Landmannschaft der pfälzischen Abgeordneten. Innerhalb der großen Majorität, welche seit 1850 unter der Führung von Rechenfeld, Hegenberg, Weis und Gebl bei allen Beschläßen die Entscheidung zu geben pflegte, trat der Aufstellungsprozeß seit 1863 immer deutlicher hervor. Die Neuwahlen hatten manchen neuen Ehrgeiz in die Kammer gebracht, welcher sich gegen die Autorität der bisherigen Führer auflehnte; aber auch die Zahl derjenigen hatte sich vergrößert, die weder bei dem großbairischen Fanatismus, noch bei dem verblähten Liberalismus der Rechenfeldschen Schule Befriedigung fanden, ohne jedoch den Sprung zur Fort-

Schrittspartei zu wagen. Dieser gehörte namentlich ein großer Theil der niederbairischen Mitglieder. Bei diesem Zustand der Sährung scheiterten alle Versuche, eine Majorität zu organisiren. Die Zahl derjenigen Mitglieder, welche sich bei prinzipiell wichtigen Abstimmungen auf den in den Anträgen der Fortschrittspartei ausgesprochenen Standpunkt gestellt haben, beträgt 60, wozu noch mit Sicherheit vier der Abwesenden zu zählen sind. Die absolute Majorität in der vollzähligen Kammer ist 75. Mit Bestimmtheit ist anzunehmen, daß die politischen Vorgänge, die zwischen den 30. Sept. 1863 (Schluß der letzten Session) und den 27. März 1865 fallen, vor Allem das Verhalten der Allliberalen bei der Frankfurter Abgeordnetenversammlung (Opposition gegen die Einsetzung eines Ausschusses u. d. m.), manches andere Mitglied für immer von jenen Führern abgewendet haben. Ob es jedoch auf dem bevorstehenden Landtag zu einer kompakten Parteibildung nach allen Seiten kommen wird, ist abzuwarten. Die Fortschrittspartei wird selbstverständlich den alten Platz wieder einnehmen. Neben ihr und in geregelter Verbindung mit ihr wird sich vielleicht eine zweite Fraktion aus den Mitgliedern bilden, die den unmittelbaren Anschluß an die Fortschrittspartei vermeiden wollen. Kommt dieser Plan zur Ausführung, so wird es dadurch auch den Freunden des Herrn v. Rechenfeld erleichtert sein, sich wieder zu sammeln. Können schließlich sich muthmaßlich die rein bürokratischen Elemente an, die keinen Grund haben, einer gut ministeriell gestimmten Partei ihre Mitwirkung zu verweigern. Was dann noch übrig bleibt, sind die der ultramontanen Richtung angehörenden Mitglieder.

Hannover, 26. März. (Köln. Bzg.) Der König hat gestern die vor etwa zwei Monaten vollzogene Munizipalwahl in sämtlich bestätigt, und heute ist Miguel Bürgermeister von Osnabrück, Albrecht Syndikus der Hauptstadt, Lauenstein Syndikus in Lüneburg, und Detering Syndikus in Osnabrück. Die Wichtigkeit dieser Entschliebung des Monarchen wird für unser Land so erheblich erachtet, daß die „Bzg. f. Nord.“ die Bestätigungsanträge heute früh durch eine außerordentliche Nummer verbreitet, und die Spannung, womit man der Entscheidung des Königs entgegen sah, rechtfertigte sich aus mehr als einem Grunde. Es stand eben die Frage zur Entscheidung, ob die Städte in Wahrheit das Recht haben sollten, sich Männer von erprobter Fähigkeit zu wählen, ohne durch Rücksichten auf politische Denkungsart beschränkt zu sein. Miguel und Albrecht, die jetzt in solche Aemter eintreten, sind Beide thätige Mitglieder des Nationalvereins, Jener sogar hervorragend im Ausschuß. Lauenstein hat immer zu den entschiedensten Progressisten gehört. Alle Drei waren bisher Advokate. Detering, im Jahr 1848 Mitglied des Frankfurter Borsparlaments, dann in der Zweiten Kammer einer der Drei, welche die äußerste Linke bildeten, war schon unter Stüve in den Magistrat gewählt und rückt jetzt vom Senator zum Syndikus auf.

Berlin, 27. März. (Berl. Bl.) Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses stand zunächst die (achte) Fortsetzung der Berathung über den Vorbericht der Budgetkommission. Nach Erledigung von Urlaubsgesuchen wird im Beisein des Kriegsministers, der Minister v. Selchow und v. Bodelschwingh und mehrerer Regierungskommissäre die Debatte und Antrag I—III vor überfüllten Tribünen eröffnet.

Abg. Schulze-Delitzsch für die Kommissionsanträge. Er würde das Wort nicht genommen haben, wenn ihm nicht die Rede des Kriegsministers den Anlaß gegeben hätte, welche die Perspektive zeige, als ob die Haltung dieses Hauses maßgebend sein könne, ob künftig der

häufiger und andauernder, als die übrigen. Diese letzteren sind nicht allein bei uns seltener und vorübergehender, sondern sie sind auch stets nicht so weit her, wie der Südwest und Nordost.

Eine weit regelmäßige Ausnahme bilden in der Nachbarschaft der Seeküsten die sogenannten Land- und Seewinde. Da nämlich das Land weit schneller erwärmt wird als das Wasser, so steigt am Vormittag, wo die Wirkung der Bodenwärmerung eintritt, die Luft auf dem Land in die Höhe, und diese aufsteigende Strömung dauert bis zum Abend fort. Die Luft vom Meere strömt herbei, um die luftverdünneten Räume wieder auszufüllen und bringt dadurch den Bewohnern den erfrischenden Seewind. — Das umgekehrte Verhalten zeigt sich zur Nachtzeit. Das Land kühlt sich schneller ab, als das Meer, über welchem die wärmere Luft in die Höhe steigt; die Luft vom Lande strömt herbei, um Ersatz zu leisten, und deshalb weht auf dem benachbarten Meere regelmäßig von Abends 9 Uhr an der Landwind.

Großartige Abweichungen von den allgemeinen Gesetzen der Luftströmung werden durch große wasserlose Flächen, die sogenannten Wüsten, veranlaßt. Hier bewirkt die ungemaine Erhitzung des Bodens in der wärmern Jahreszeit ein ununterbrochenes Aufsteigen der erwärmten Luft und veranlaßt dadurch die sogenannten Monsoons. So strömt z. B. zu dieser Zeit die Luft, ohne den Gesetzen der Passate Rechnung zu tragen, fortwährend von allen Seiten her gegen die unermessliche Sahara; aber die regenlose Wüste wird freilich dadurch nicht erquickt, weil alle Feuchtigkeit, so weit sie sich nicht schon an den davor liegenden Gebirgen niederschlägt, in der warmen Luft der Wüstenregion sofort aufgelöst und in die Höhe geführt wird. (Schluß folgt.)

— Der Franzose Couette hat eine Maschine erfunden, womit man nach seinem System nicht bloß so schnell schreiben können, wie man spricht, sondern noch schneller schreiben, als Einer sprechen kann. Wenigstens rühmt der Erfinder dies seiner Maschine nach.

Erhebung derselben. Unter etwas veränderten Umständen, aber ohne jene Regelmäßigkeit, erfolgt eine ähnliche Erscheinung in der Region der Calmen. Hier bildet sich nämlich ein Wellengürtel dadurch, daß sich der wärmere Äquatorialstrom auf den kälteren Polarstrom herabsenkt. Er erfährt durch den letzteren eine Abkühlung, und da die kältere Luft nicht so viel Feuchtigkeit in Dampfform zu enthalten vermag, als die wärmere, so verdichtet sich der Wasserdampf, und es entstehen Wolken.

Genau so würden sich im Großen die Verhältnisse der Luftströmungen gestalten, wenn die Oberfläche der Erde allenthalben von gleicher Beschaffenheit wäre. Da dies jedoch nicht der Fall ist und sich namentlich mehr Land auf der nördlichen Erdhälfte befindet und dieses sich schneller erwärmt und abkühlt, als das Wasser, so treten mehrfache Modifikationen ein. So liegt z. B. in Folge dieser Verhältnisse der ganze Gürtel der Äquatorialen Windstößen im Durchschnitt um mehrere Grade weiter gegen Norden, und zwar im Sommer der nördlichen Hemisphäre, wo der Unterschied zwischen der Erwärmung des Landes und der des Wassers stärker hervortritt, zwischen dem 6. und 14. Grade nördlicher Breite, im Winter zwischen dem 4. bis 2. Grade nördlicher und dem 6. Grade südlicher Breite. Auch die südlichen und nördlichen Calmen haben aus diesem Grunde keinen gleichen Abstand vom Äquator, sondern die südlichen entfernen sich weiter von demselben als die nördlichen, und überdies sind die südlichen Passate, welche an den meisten Orten über den freien Ozean hinströmen, weit regelmäßiger als diejenigen, welche zwischen dem Äquator und den nördlichen Calmen wehen.

Bei weitem nicht so regelmäßig als in der Region der Passate, wehen die Winde in den gemäßigten Gegenden, weil hier die beiden Hauptströme bald über, bald neben einander vorbeiziehen, und überdies durch ihr wechselseitiges Einwirken auf einander, sowie durch örtliche Ursachen, vielfache Abweichungen und Uebergänge veranlaßt werden. Uebrigens sind auch hier die Südwest- und Nordostwinde bei weitem

verfassungsmäßige Weg weiter innegehalten werden könne. Was die Aeußerung des Ministers über die Organisation der liberalen Partei anbelangt, so müsse er bemerken, daß die entgegenstehende Partei eine sehr feste und geschlossene Organisation habe, welcher Mittel zu Gebote gestellt würden, die der liberalen Partei fehlen. Der Redner rechtfertigt darauf gegenüber den Ausführungen des Ministers das Fraktionswesen. Was besonders die Militärfrage anbelangt, so sei gewiß die Entscheidung nicht in den Fraktionen zu suchen, das Ministerium selbst habe, über die Köpfe dieses Hauses hinweg, zweimal die Entscheidung in die Versammlung der Urwähler des Landes gelegt. Die Stellung der liberalen Partei ist dadurch scharf bezeichnet; ob die des Kriegsministers zu dem Reorganisationsplan eben so fest bestimmt ist, müsse er nach den verschiedenen Aeußerungen desselben bezweifeln. Der Redner geht darauf auf die Auslassungen des Ministers über seinen Erbchaftsantritt bezüglich des Reorganisationsplanes ein und meint, der General v. Bonin habe den Plan, dessen Entscheidung man kenne, ausgeschlagen, der jetzige Minister habe ihn angetreten. Was den Vorwurf anbelangt, wir streben Verfassungsänderungen an, so könne ja Niemand Etwas dagegen haben, wenn solche Änderungen auf verfassungsmäßigem Wege von der einen oder andern Seite angestrebt werden; aber wir streben nach keinen Änderungen, so lange die Verfassung selbst noch keine volle Wahrheit ist. Der Kriegsminister habe gesagt, die dreijährige Dienstzeit beruht auf dem Gesetz und könne nur durch ein neues Gesetz abgeändert werden; aber sei denn zur Erhöhung des Militärbudgets nicht auch ein Gesetz notwendig? Da heiße es: Ja, Bauer, das ist ganz was anders! — Was die „Eristenzfrage“, von der der Minister gesprochen habe, betrifft, so sei es nicht klar, was er damit meine. Habe er die Eristenz dieses Hauses in seiner jetzigen Zusammensetzung gemeint, so könne eine solche Drohung dieses Haus nicht schrecken. Wenn er das nicht meine, sondern a n d e r e Wege, so wird man trotzdem doch nie um die Applikation an das Volk herumkommen, mag sie in der einen oder andern Form gethan werden; denn selbst Allem, was in der einen oder andern Form nach einem Staatsstreich schmecke, habe das Volk durch seine Haltung seine Sanktion zu geben.

Der Schluß der Diskussion wird angenommen; als Referent erhält das Wort der Abg. v. S o v e r b e d. Er habe eigentlich erwartet, daß der Kriegsminister noch einmal das Wort nehmen werde; da dies nicht geschehen, brauche er auf die frühere Rede desselben nicht zu antworten, da dies der Redner gethan habe. Nur auf die Behauptung, daß die liberale Partei durch ihre Organisation gestiftet habe, wolle er antworten. Diese Organisation sei sehr schwach und unbedeutend, und nicht durch diese haben wir gesagt, sondern durch die Reorganisation des Kriegsministers. Was die Rechnung des Kommissärs des Finanzministers anbelangt, so habe er alle Bedürfnisse des Landes in Rechnung gebracht, diese seien aber doch nicht alle auf einmal, sondern nur nach Möglichkeit allmählig zu befriedigen. Der Redner geht darauf die einzelnen Zahlen des Kommissärs durch, um zu zeigen, wie durch theilweise Befriedigung ein balancirender Etat herzustellen sei. Nach seiner Rechnung erhöhen sich die Ausgaben nur um etwa 7 Millionen; das sei eine Zahl, mit welcher sich rechnen läßt. Die beantragten Herabsetzungen fallen natürlich dem jetzt vorliegenden Etat noch nicht zur Last, so daß diese Ausfälle jetzt noch nicht in Anschlag gebracht werden können; nur der Erlaß der Weinsteuer und der Gebäudesteuer sei in Anschlag zu bringen, so daß im Ganzen nur Deduktion für 8,370,000 Thlr. erforderlich ist; und diese sei nach den Ausführungen bis auf 70,000 Thlr. erreicht.

Der Regierungskommissär M e i l e findet sich durch die Ausführungen des Redners nicht widerlegt. Die Kommission erkenne an, daß Bedürfnisse auf Höhe von 15 Millionen Thlr. vorhanden sind; wenn diese nur nach und nach befriedigt werden sollen, so sei es allerdings leicht, dadurch eine balancirende Rechnung hervorzubringen, dann sei aber den Bedürfnissen nicht genügt, man müsse die gesammten Bedürfnisse und Mittel in's Auge fassen.

Das Haus geht zur Spezialdiskussion über Antrag IV über. Es erhält gegen den Kommissionsantrag das Wort der Abg. v. B e n d a, welcher sein Amendement verteidigt. Das Amendement will den Sinn des Kommissionsantrags nicht verändern, sondern hält nur den Ausdruck nicht für glücklich gewählt. Darin sei er durch den uninteressanten Vortrag des Regierungskommissärs für die Anträge I bis III nur bestärkt worden.

Abg. v. H e n n i g für den Kommissionsantrag IV. Er meint, daß die Ausführungen des Regierungskommissärs auf abschließlichem Mißverständnisse der Absichten der Kommission beruhen. Diese habe nie für den diesjährigen Etat solche Veränderungen gewollt. Der Regierungskommissär habe gesagt, man müsse bei solchen Rechnungen auch an die Zukunft denken; er wünsche, die Regierung hätte immer so gedacht, besonders bei Vorlage des Reorganisationsplanes. Der Redner führt darauf aus, wie die vorgeschlagene Herabsetzung des Briefporto's und die Aufhebung des Salzmonopols später eine sehr große Vermehrung der Einnahmen herbeiführen werden. Er ist auch nicht geneigt, dem Antrag des Abg. v. B e n d a beizustimmen, denn der jetzige Zeitpunkt sei geeignet, Steuerermäßigungen herbeizuführen. Man solle doch bedenken, daß der Kriegsminister selbst in der Kommission erklärt habe, die Regierung stelle die Mehrforderung von 2 Millionen für die faktische Durchführung der dreijährigen Dienstzeit nur aus Prinzip. Wir erkennen in der Reorganisation, so schließt der Redner, das Hinderniß der wirtschaftlichen Entwicklung des Staates, und deshalb sind wir so entschieden gegen dieselbe. Wir meinen, ein Staat müsse im Frieden nicht die Hilfsquellen vernichten, welche ihn bei Kriegeszeiten zur Führung des Kriegs befähigen sollen.

Abg. v. E r n s t h a u s e n gegen den Kommissionsantrag. Er hält die Lage der Finanzen nicht geeignet zu Steuerermäßigungen. Was die Abreue durch Aufhebung des Salzmonopols anbelangt, so glaubt er nicht daran, denn sonst würde ja keine Erleichterung für die arbeitende Klasse eintreten. Nehme man diese und die folgende Resolution an, so spreche man damit aus, der Militäretat müsse um 15 Millionen ermäßigt werden, was unmöglich sei. Der Redner verbreitet sich darauf ausführlich über die Herabsetzung des Briefporto's, welche er auch wünscht, aber nur allmählig. Wie die Erklärungen vom Ministerialrat beweisen, ist an einen praktischen Erfolg der Anträge nicht zu denken, und das habe wohl auch die Kommission nicht erwartet. Welchen Zweck haben also die Anträge? Wollte man die Finanzlage besprechen? Das ist genügend geschehen. Er sieht darin nur einen Schachzug in dem Kampf gegen die Regierung. Sie (zur Mehrheit gewendet) bedürfen, da Sie keine materiellen Mittel zur Verfügung haben, des Widerstands im Volke, in der Presse; fehlt dieser, so ist Ihre Sache verloren. Dieser Verzweiflungszug ist ein Symptom, daß die Partei für verloren gilt, und daß Sie das

Ende durch solche Mittel nur verzögern wollen. Die Reorganisation ist nach des Redners Ansicht kein geeigneter Angriffspunkt mehr, denn das Volk überzeuge sich immer mehr von der Zweckmäßigkeit derselben. Sie habe 1863 den Versuch Oesterreichs, Preußen zur Rolle eines Mittelstaates herabzumwürdigen, vereitelt. Aus diesem Grunde greife man jetzt das Finanzsystem des Staates an. Damals, im Kampf gegen die Reorganisation, habe man Einrichtungen, deren Zweckmäßigkeit man bezweifelt habe, angegriffen; jetzt greift man feststehende gesetzliche Einrichtungen an, und deshalb sei der jetzige Krieg ein Symptom, daß der Kampf zu Ende gehe. Wenn die parlamentarische Regierungsform in diesem Augenblick zur Geltung komme, so sei das ein Unglück für den Staat, und bürgt das Herrscherhaus für die Zukunft. Weitere Ausführungen des Redners in diesem Sinne werden durch die Bemerkung des Präsidenten, daß er sich an Antrag IV. halten möge, unterbrochen. Der Redner meint, die Majorität müsse entweder die Hand zum Kompromiß bieten, oder das Volk werde über die Fortschrittspartei zur Tagesordnung schreiten. (Bravo rechts und links.)

Die Diskussion wird geschlossen. Die Abgeordneten v. F o r d e n b e d, v. B e n d a und K i e m a n n machen persönliche Bemerkungen. Der Kriegsminister will auch einige persönliche Bemerkungen machen, ohne auf die Debatte zurückzukommen. Ich habe am Freitag die Veränderung der Tagesordnung beantragt, weil es mir schien, als könnten persönliche Angriffe mich bestimmen, zur Vertagung das Wort zu nehmen. Nach den heutigen Reden habe ich keine Veranlassung dazu gefunden. Was ich gesagt, habe ich gesagt. Ich habe nichts hinzuzuthun und nichts fortzunehmen. Was die Aeußerungen über die Erbchaftsantritt anbelangt, so muß ich dem entgegenzutreten; wenn man die Absicht habe, dadurch Details über jene Personalveränderung zu erhalten, so irrt man sich. Für die Ansicht, daß ich die Reorganisation verteidigt, ohne von ihrer Zweckmäßigkeit überzeugt zu sein, fehlen alle Gründe. Ich bemerke, daß ich die Reorganisation in ihren großen Zügen und in allen Details vollständig billige.

Es folgt eine persönliche Bemerkung des Abg. v. H e n n i g. Der Kriegsminister v. R o o n drückt auf eine Bemerkung des Präsidenten sein Bedauern aus, daß einer der Herren, gegen welche seine persönliche Bemerkung gerichtet war, nicht anwesend war. Abg. S c h u l z e r D e l i c h führt die Worte des Kriegsministers an: „Hätte ich den Gesetzentwurf nicht vorgefunden, ich würde ihn nicht so eingebracht haben.“ — v. R o o n antwortet, daß jener Plan allerdings Punkte hatte, welche er nicht billigte, aber die Reorganisation von 1860 ist auch verschieden von der jetzt durchgeführten. Der Plan von 1860 hielt sich genau an die gesetzlichen Vorschriften.

Nachdem noch M i c h a e l i s als Referent gesprochen, beginnt die Debatte über die andern Anträge.

Zu Antrag V spricht v. K i r c h m a n n gegen; Prince-Smith (für V und VI) erläutert die Wirkung der Kontingentierung von Steuern, spricht für das Verfassungsrecht, und erörtert dann die Theorie der Kontingentierung. Ein Schlußantrag von B r e s e n wird abgelehnt. v. B o n i n gegen Nr. V und gegen das Walbed'sche Amendement. Faucher für die Kontingentierung der Gebäudesteuer, v. B l a n t e n b u r g gegen. Die Debatte zu V wird geschlossen, und nach einer persönlichen Bemerkung v. K i r c h m a n n's führt der Referent Abg. M i c h a e l i s aus, daß die Budgetmäßigkeit von der bisherigen Steuererhebung möglich gemacht werde.

Zu Antrag VI spricht Abg. S n e i s gegen: Es liegt im Antrag ein Verlangen nach Wachstums, aber ein vollkommen berechtigtes gegenüber einer solchen Finanzverwaltung; legal ist es, da die Zustimmung der Krone und des Herrenhauses notwendig bleibt. Doch die Regierung habe nur Gesichtspunkte für Nachfragen, nicht mehr für Reichsfragen. Nur der Militärhaushalt sei der leitende Gesichtspunkt; alles Andere sei einerlei, jeder Makel dagegen soll tendenziös und absolut verwerflich sein. Dennoch scheint ihm Antrag VI, so gesetzlich, so finanziell zweckmäßig er auch sei, zur Zeit und an der Stelle nicht opportun. Die Lage der Nothwehr verbiete ihn; Wahrgeld de lege ferenda, über die sich streiten läßt, schwächen die Verteidigung des Rechts. (Minister v. J e n p l y tritt ein.) Aus taktischen Gründen sei daher der Antrag VI abzulehnen.

Berlin, 27. März. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ läßt sich heute über den mittelstaatlichen Antrag beim Bunde vernehmen. Es heißt in dem Artikel:

Eignet sich der Bund diesen Antrag an, so entscheidet er über seine Stellung zur Sache, ohne über diese verhandelt, ohne sie geprüft zu haben. Bei einem solchen Verfahren muß jede Aussicht auf einen, für Preußen annehmbaren Vergleich in Betreff seiner künftigen Stellung zu den Herzogthümern schwinden; denn es ist selbstverständlich, daß Preußen seine Stellung nicht von dem Wohlwollen der Augustenburger Regierung nach ihrer erfolgten Einsetzung abhängig machen kann.

Man darf daher erwarten, daß Preußen dem Verzuge, die Erbfolgefrage durch einen Akt bundestätiglicher Kabinetsjustiz zu erledigen, mit der entschiedenen Geltendmachung seiner eigenen Rechte und derjenigen des königl. Hauses entgegenzutreten wird.

Insofern können die Verhandlungen der nächsten Tage am Bunde eine Aenderung der bisherigen politischen Situation bringen.

Preußen hat bisher, ohne die Augustenburger Erbrechte als nachgewiesen anzunehmen, ohne über diese verhandelt, ohne sie geprüft zu haben, in London, und auch später, die Bereitwilligkeit an den Tag gelegt, von dem Erforderniß eines strikten Nachweises aus politischen Gründen abzusehen, falls die Beziehungen Preußens zu den Herzogthümern vorgängig in einer den Rechten und Interessen der Gesamtheit entsprechenden Weise geregelt würden. Jeden Versuch aber, Preußen mit einer unsichern Anweisung auf den nach entschiedener Sache etwa vorhandenen guten Willen Anderer abzufinden, muß die königl. Regierung unseres Erachtens zurückweisen. Sie wird denselben nur die Lehre entnehmen können, daß weitere Vergleichsverhandlungen nicht zum Ziel führen und daß Preußen sein Interesse nur durch strenge Festhaltung an seinen eigenen Rechten wird wahrnehmen können, denen die Bundesversammlung vorausschicklich eine eingehendere und unparteiischere Prüfung, als die bisher den odenburgerischen Ansprüchen zu Theil gewordene, nicht versagen wird.

Wien, 25. März. Das Abgeordnetenhaus hat in seiner gestrigen Sitzung die Wahl des Finanzausschusses für das Budget für 1866 vollzogen. Die Agitation war eine außerordentliche. Der erste und entscheidende Wahlgang brachte der Linken einen glänzenden Erfolg. Das Struttinium, welches drei Stunden in Anspruch genommen hatte, ergab dreißigunddreißig Gewählte, und unter diesen vierundzwanzig,

welche der Linken angehören. Die drei Nachwahlen fielen auf Kandidaten des Zentrums. Die Linke hat somit in dem neuen Finanzausschuß eine Zweidrittel-Majorität, während sie im 1865er Ausschusse nur der gleichen Stimmenzahl mit dem Zentrum sich erfreut. Fragen wir, wem sie diesen Erfolg verdankt, so ist es zunächst ihr finanzielles Glaubensbekenntniß, welches als ersten Satz die Herstellung des Gleichgewichts zwischen den laufenden Einnahmen und Ausgaben enthält.

Wien, 27. März. Die Frage über die Anerkennung der Interimslage der Herzogthümer ist als erledigt zu betrachten, nachdem heute auch eine Note Rußlands eingegangen ist, welche ohne irgendwelche Einschränkung diese Anerkennung auspricht. Gleichzeitig hat, ganz in derselben Weise, Holland sich geäußert. Es fehlen jetzt nur noch die — jedenfalls durch kein politisches Moment diktierten — Antworten (in Europa) von Spanien, Portugal, Italien, Griechenland, der Türkei, und dann der überseeischen Mächte.

Die Reaktionen in der Kriegsmarine nehmen ihren Fortgang. Abgesehen von verschiedenen dahin zielenden Maßregeln in den Marine-Bildungsanstalten und in der Administration ist neuerdings der Kriegsdampfer „Achilles“ (45 Pferdekräft und 4 Geschütze) aus dem Stabe der Kriegsschiffe ausgeschieden, und die Abrüstung der Yacht „Fantasia“ — der Hofyacht des gegenwärtigen Kaisers von Mexiko, als er noch Oberbefehlshaber der Marine war — verfügt worden.

Auch der englischen Botschaft in Wien ist jetzt, in der Person des Obersten St. George Foley, ein Militärattaché beigegeben worden, wie es bei den hiesigen Botschaften, resp. Gesandtschaften von Frankreich, Rußland und Preußen schon längst der Fall war.

Italien.

Turin, 24. März. (Köln. Ztg.) Das Ereigniß des Tages ist der Sieg der Zivilen im Senat, ein Sieg, der mit um so größerer Genugthuung erfüllt, als er einerseits sehr zweifelhaft war und andererseits vollständig nicht gewünscht werden kann. Die Debatten waren ungewöhnlich heftig, von clerikaler Seite wurde mit wachem Feuerer gestritten; man hoffte hier um so eher auf die Nichtannahme des Gesetzes, da im Jahr 1852 der alte sardinische Senat gerade in diesem Punkte sich den reaktionären Anschauungen willfährig gezeigt hatte. Damals war die Einführung der Zivilen an dem Widerstand des Senats gescheitert. Damit heute dasselbe geschehe, hatte man alles Mögliche aufgebietet; dies beweist am besten folgende Thatsache: Der Bischof von Cremona, Novasconi, hatte bisher seinen Sitz im Senat nicht eingenommen; vorgestern erschien er, wie man sagt, auf ausdrücklichen Befehl von Rom, um gegen die Zivilen zu stimmen. Dagegen hat ein anderer Prälat, der Bischof von Aliste, Giacomo, nicht wenig zum Triumph der liberalen Sache beigetragen. Er hat sich nicht nur für das Prinzip der Zivilen, sondern auch gegen alle abschwächenden Ausnahmen erklärt, welche von der Minorität in der Gestalt verschiedener Amendements beantragt wurden. Er hat es auch bewirkt, daß die Personen, welche die geistlichen Weihen erhalten haben, nicht für unfähig, eine Ehe abzuschließen, erklärt wurden — ein Punkt, bezüglich dessen bekanntlich in Frankreich das kanonische Recht noch gilt. — In der Deputirtenkammer er hat die Debatte über den Verkauf der Eisenbahnen begonnen. Bei dieser Gelegenheit ist wieder der schon früher berührte Uebelstand zur Sprache gekommen, daß ziemlich viele Mitglieder der Kammer, weil bei den großen industriellen und finanziellen Unternehmungen theilhaftig, gewissermaßen in ihrer eigenen Sache Richter sind. Die Linke beschwerte sich, daß das längst in dieser Beziehung versprochene Gesetz noch nicht vorgelegt ist; das Ministerium verließ abermals dessen ablebige Ausarbeitung. Einstweilen muß aber der Eisenbahn-Verkauf zum Abschluß kommen, und so hat man sich denn damit begnügt, daß diejenigen Mitglieder, welche zugleich in irgend einem Eisenbahn-Verwaltungsrathe sitzen, sich der Abstimmung zu enthalten haben.

Rom. Die französische Regierung ist rastlos thätig, um den Papst zu einem Entschluß zu drängen. Allerdings ist Graf S a r t i g e s nicht glücklich und, was auch die offiziellen Pariser Blätter abläugnen mögen, man weiß, daß Papst Pius IX sehr zornig ist. Die „Allgem. Ztg.“ erzählt über das sogenannte Ultimatum des französischen Gesandten „nach zuverlässigen Angaben“ aus Rom: „Fr. v. Sartiges war früher einmal dadurch berühmt worden, daß man ihm versprochen, es würden sofort die Anwerbungen für die päpstliche Armee beginnen. Dies war auch wirklich der Fall; es wurden aber diese Anwerbungen nur auf die Ausfüllung der durch die Verabschiedung der ausgedienten päpstlichen Soldaten entstandenen Lücken ausgedehnt; von einer Vermehrung der päpstlichen Armee war keine Rede. Fr. v. Sartiges sah sich geäußert und soll deshalb seine Anträge in sehr bestimmter Form wiederholt haben, was in jener bekannnten und fortwährend besprochenen Audienz geschah, welche angeblich den heil. Vater so aufregte, daß er am darauf folgenden Sonntag der päpstlichen Kapelle nicht beizubehalten, während auch der französische Gesandte sich so ereifert haben soll, daß er beim Durchschreiten der Vorzimmer des Vatikan's mehrere sehr hochstehende Persönlichkeiten vollkommen ignorierte. Es ist gewiß, daß der Papst und sein Staatssekretär von einer Vermehrung der päpstlichen Armee sich gar Nichts versprochen und ihre Hoffnungen auf ganz andere Hilfsmittel gründeten, wenn auch der kriegerische Fr. v. Merode eifrig mit der Vollendung einer großen Kaserne beschäftigt ist. Als eines der vielfachen Gerüchte, welche dieser Tage über die römische Militäraufgabe austauschten, sei erwähnt, daß man sehr ernsthaft behauptete, es würden 6000 Bayern zum Schutz des heil. Stuhls hierher kommen.“ Daß Frankreich keine auswärtige Fahne in Rom neben der päpstlichen dulden werde, wenn es einmal abgezogen sei, hat es wiederholt und öffentlich erklärt. In Paris setzt man den bevorstehenden Römerzug Persigny's mit entschiedenem Absichten des Kaisers in Verbindung, der da hoffe, mit einem persönlichen Freunde des Kaisers werde der Papst glimpflicher verfahren. Ein großer

Diplomat ist Fertigkeit jedoch nicht, und sein politischer Einfluß beim Kaiser gegenwärtig augenscheinlich gering.

Frankreich.

Paris, 27. März. Heute begannen in dem Gesetzgebenden Körper die allgemeinen Debatten über den Adressentwurf. Emil Olivier eröffnete die Diskussion mit einer Rede, über deren eigentliche Zielpunkte wir, so weit uns dieselbe bis jetzt vorliegt, noch keinen genauen Ueberblick gewinnen können.

Er scheint, was auch mit Beifall aufgenommen wird, die Politik der Regierung von oben herab und in Bausch und Bogen beurtheilen und spezielle Kontroversen verschmähen zu wollen. Als die zwei Hauptereignisse, welche sowohl in Bezug auf den konstitutionellen Mechanismus, als auch auf das Regierungsverfahren bestimmend auf das Kaiserreich gewirkt, sieht Olivier den italienischen Krieg und das Wahlergebnis von 1863 an. Ramentlich will sich Olivier mit der Rückwirkung des letztern in seiner heutigen Rede beschäftigen. Sie stellen für ihn gleichsam das „Cäsar“ der Wünsche der Demokratie vor. Sie will zunehmen, siegen; sie will keine Revolution, sondern Frieden und Freiheit; Frieden, damit das Land seine Sicherheit, Freiheit, damit es seine Würde wahre. Olivier hält auch dem Andenten Morry's eine bewegte Lobrede, und befragt mit tiefgefühlten Worten den Verlust dieses Mannes. In Bezug auf seine Stellung zur Opposition erklärt Olivier sich gegen das erste Amendement der Fraktion Marie, denn er legt weniger Gewicht auf politische, als auf soziale und individuelle Freiheiten. Die Presse soll größer, aber keine intermediäre Freiheit erhalten; die Presse sei allerdings eine unbehagliche, häufig gefährliche Nachbarin, allein man müsse nun einmal mit ihr leben. Auch die Minister sollen in der Kammer erscheinen und ihre Portefeuille selber vertreten. — Nach einer Pause entwickelt Olivier den Gedanken, daß die Regierungen nicht, weil sie schwach seien, sondern weil sie nicht zur rechten Zeit nachzugeben verstanden, zu fallen pflegen. Ost sei die Opposition das beste Mittel, einer Regierung zu helfen, und darum wolle auch er, selbst wenn die Regierung seine Forderungen bewilligt, Oppositionsmann bleiben; denn sein innigster Wunsch sei, daß die gegenwärtige Regierung fortdauere. Er werde übrigens zum ersten Mal in dieser Session für die Adresse stimmen. In ziemlich schwungreicher Sprache beschwört Olivier die Regierung, nicht in ihrer Vereinzlung zu verharren und Männer für sich in Bereitschaft zu setzen, welche den Männern von heute nachzufolgen vermöchten. Sie möge die Jugend, die sich jetzt in Bitterkeit und Ennsittlichung verzehe, zu sich heranziehen.

Die Sitzung wird hierauf ausgesetzt. Die Adressparagraphe bezüglich der Arbeiten zum öffentlichen Nutzen sind Gegenstand zweier Amendements. Das eine hat den Zweck, daran zu erinnern, daß die Sparfamkeit und die Schnelligkeit des Transports die notwendige Ergänzung der Freiheit der Transaktionen sei; das andere hat die Verwirklichung und die Entwicklung der Verkehrswege jeder Art zum Gegenstand, und fügt der Gesamtheit der im Adressentwurf aufgezählten Arbeiten die Drainirung hinzu.

Paris, 27. März. Der „Moniteur“ schreibt heute: Seit einigen Tagen hat sich zwischen gewissen Journalen eine ziemlich lebhafte Polemik über Porfirio Diaz, den Verteidiger von Daxaca, entsponnen. Um in diese Streitfrage einiges Licht zu bringen, indem wir die von uns in Mexiko bekämpfte Partei in dem Auftreten eines ihrer Führer schildern, veröffentlichen wir eine Darstellung der Ereignisse, welche das vor dem völligen Einschluß von Daxaca aus diesem Platz unter Befehl des Felix Diaz, eines Bruders des Porfirio, entsandte Reiterkorps in der Mistecca verübt hat. Bei Ueberwindung dieses Attenhüdes mit der letzten Post schrieb Marshall Bazaine darüber Folgendes an den Kriegsminister: „Ich habe selber mit der Gewißheit verfaßt, daß dieser Bericht keineswegs übertrieben ist. Derselbe enthält Einzelheiten, welche nicht allein die Befehlshaber, sondern auch die Partei, die sie anerkennt und verwendet, entehren.“

Hieran schließt sich nun eine ausführliche Erzählung aller Gewaltthaten und Gräuelt, welche sich die Reiter des Felix Diaz in vielen Dörfern der genannten Gegend schuldig gemacht haben. Mord, Plünderung, Erpressung, Kirchenraub, Mißhandlung von Frauen folgen sich in ununterbrochener Reihe; allein über das Schicksal des „Porfirio Diaz“, wie ihn der „Moniteur“ kurzweg nennt, herrscht noch dasselbe Schweigen, wie bisher, obwohl es so nahe lag, gerade bei dieser Gelegenheit mitzutheilen, was nach der Uebergabe von Daxaca aus ihm geworden ist.

Der „Monde“ hat wegen eines aus der „Union de l'Ouest“ abgedruckten Artikels eine Verwarnung erhalten. Der Artikel enthält einen aus Rom datirten Bericht über eine Audienz des Grafen Sartiges bei dem Papst, über die Umstände, welche dieser Audienz vorangingen, und über den Empfang, den der Papst in dieser Audienz dem Gesandten Frankreichs zu Theil werden ließ. Die Erwägungsgründe in dem Verwarnungserlaß sind folgendermaßen formulirt:

In Erwägung, daß der Verfasser dieses Artikels behauptet, daß der französische Gesandte in Rom, Hr. Graf Sartiges, kürzlich eine Unterredung mit dem heil. Vater in Betreff der Konvention vom 15. Sept. 1864 und über den Abzug der franz. Okkupationsstruppen von Rom gehabt habe;

in Erwägung, daß Graf Sartiges mit dem heil. Vater die Unterredung, auf welche der „Monde“ anspielt, nicht gehabt hat, und daß die lächerlichen Einzelheiten, welche dieses Blatt über das angeblich von Graf Sartiges gestellte Audienzverlangen, sowie über die in dieser Audienz besprochenen Gegenstände gibt, reine Erfindungen sind,

daß also die in dem genannten Artikel enthaltenen Nachrichten gänzlich falsch sind, und zum Zweck haben, die Gemüther zu verwirren: aus diesen Gründen etc.

Verschiedene andere Blätter, wie „Union“ und „Gazette de France“, haben den Artikel der „Union de l'Ouest“ nachgedruckt und werden also wie das letztere Blatt selbst nachträglich ihrer Verwarnung nicht entgehen können. Der „Monde“ ist ganz besonders schnell bedient worden, wohl schon deshalb, weil er wegen seiner eigenen Mittheilungen in derselben Angelegenheit großer Ansehens erregt und sich bereits eine offizielle Zurückweisung zugezogen hatte.

Hr. Nizard von der Akademie veröffentlicht im heutigen „Moniteur“ einen kritischen Artikel über Julius Cäsar. Seinen Standpunkt der ephemerischen Dankbarkeit und Ver-

ehrung gibt der Kritiker von vornherein offen und unzweideutig zu erkennen. Er hat die eigenen Ansichten, die er bisher über Julius Cäsar und seine berühmten Zeitgenossen Pompejus, Cicero, Crassus, Cato etc. gehabt, durch das kaiserl. Werk entweder berichtigt oder bestätigt gesehen.

Und wenn es wahr wäre — schließt der Eingang dieser Kritik ab —, daß ich glücklich bin, den Fürsten, dem ich als Franzose meinen Antheil an der allgemeinen Zufriedenheit, als Privatmann die Wiederherstellung meines häuslichen Herdes und die Ungefügigkeit meines Arbeitens verdanke, in einem so schwierigen Werk den Erfolg davontragen und sich schriftstellerischen Ruhm erwerben zu sehen; wenn es wahr wäre, daß meine Dankbarkeit gegen den Herrscher mir nicht das Schriftstellertalent verdirbt, würde ich weder mir noch irgend Jemandem den Schaden zufügen, mich dagegen zu verwahren. B. r. s. Lebhaftes Geschäft. Auffschwung der Kurse. Rente 67.45. Cred. mob. 870. Ital. Anl. 64.85. Dsb. 531.25.

Ueberlandpost.

Messina, 26. März. Nachrichten aus Ostindien bestätigen die Verluste der Engländer in Booran und den Fortschritt der Russen in Kokand. Man fürchtet eine Empörung in der Hauptstadt von Afghanistan.

Amerika.

Neu-York, 11. März. Der Moniteur-Korrespondent konstatiert die große Dunkelheit, die gegenwärtig über den militärischen Operationen des Nordens wie des Südens schwebt. Was aus Sherman und seinen 70,000 Mann geworden, sei zur Stunde noch völlig unbekannt; doch sei man seinem Wege unbefragt, er werde schon ganz unerwartet am entscheidenden Punkt zum Vorschein kommen. Der Korrespondent gibt die großen Vortheile willig zu, welche der Norden in der letzten Zeit davongetragen; allein der Anfang der Weisheit sei immer der, seinen Gegner nicht allzu sehr zu verachten. Offenbar habe der beharrliche, allseitige Rückzug der Streitkräfte des Südens, das freiwillige Aufgeben von Charleston und anderer festen Plätze seinen guten Grund und lasse auf einen vom General Lee entworfenen und in Ausführung gefetzten allgemeinen Plan schließen. Worin dieser Plan bestehe, müsse auch dem Untundigsten offenbar werden. Es handle sich darum, aus allen zerstückelten Garnisonen eine achtunggebietende Masse zu bilden, sie durch Heranziehung der Divisionen von Hood, Hardee u. A. zu verstärken und dann Sherman mit Uebermacht entgegenzutreten. Außerdem sei es den Separatisten wohl darum zu thun, ihre Gegner mehr in das Innere zu locken und von ihrer Operationsbasis, dem Meer, zu entfernen. Der Korrespondent selber erwägt jedoch das für und wider nicht zum ausschließlichen Vortheil des Südens. Es komme zunächst darauf an, ob man Sherman eine wirkliche Armee oder nur einen gewaltigen Menschenhaufen werde entgegenstellen können. Im ersten Fall könne das Schicksal der Armee Sherman's sich in einem Tag erfüllen; im andern Fall werde man diesen Heerführer, möge man ihm auch seine Verbindungen abschneiden und ihn von allen Seiten umschwärmen, nicht daran hindern können, vor Richmond zu erscheinen und seine Verbindung mit Grant zu bewerkstelligen.

Neu-York, 16. März. Man glaubt, Richmond werde nächstens geräumt werden. Hr. Lincoln hat Befehl ertheilt, daß jeder Bürger, der mit den Südstaatlichen in Verkehr stehe, verhaftet und bis zu Ende des Krieges ins Gefängnis gesetzt werde. Der erste Theil der Anleihe von 600 Mill. Doll. wird im Monat Juni emittirt werden.

Neu-York, 16. März, Abends. (Mit dem „Canada“.) Die Besetzung Fayetteville's durch Sherman hat sich bestätigt. Die Unionisten gehen gegen den Norden vor. Schofield hat Kingston besetzt. Sheridan hat auf eine weite Strecke die nach Lynchburg führenden Eisenbahnen zerstört, und man versichert, er sei nur 20 Meilen von Richmond entfernt. — Hr. Jefferson Davis hat die Vertagung des südstaatlichen Kongresses verschoben, weil er denselben eine wichtige Mittheilung zu machen hat. — Die in Savannah genommene Baumwolle wird wohl nach Europa gesandt werden.

Mexiko. Aus der Ansprache, mit welcher der englische Gesandte Hr. Scarlett die Ueberreichung seiner Beglaubigungsschreiben in die Hände des Kaisers Maximilian begleitete, lautet die wichtigste Stelle:

Sie, bis zu diesem Tage und seit langen Jahren haben andere Nationen in beiden Hemisphären Arade gehabt, den Mangel einer festen und wirksamen Führung der Angelegenheiten Mexiko's zu beklagen, den Mangel einer Regierung, welche eine Bürgschaft der Ordnung und der Sicherheit für Personen und für Eigentum geben, das Recht mit Unparteilichkeit und Pünktlichkeit administrieren, Gewissensfreiheit anerkennen, und die Gesetze des Völkerrechts in ihren Beziehungen zu fremden Mächten respektieren könnten. Die Königin und das ganze Volk von Großbritannien rufen den mächtigen Anstrengungen Ew. Maj., diese Resultate zu erreichen, Beifall zu und hoffen schnellst und zuverlässigst, daß eine neue Ära der Wohlfahrt und des Fortschrittes für ein Land begonnen hat, welches so lange das Opfer der Gewaltthaten und Zerrüttung gewesen ist; das aber in Zukunft, und zwar in nicht ferner, sich befähigt sehen wird, zu der von andern Nationen bereits erreichten Höhe aufzusteigen.

Der Kaiser antwortete in den Worten:

Hr. Gesandter! Mit großem Vergnügen nehme ich die Versicherungen der Freundschaft entgegen, welche Sie mir im Namen Ihrer erhabenen Souveränin, der Königin von Großbritannien, darbringen, einer Souveränin, mit welcher ich durch so enge Bande der Verwandtschaft und der Abhängigkeit verbunden bin. Ich werde mich stets glücklich schätzen, die freundschaftlichen Beziehungen, welche das mexikanische Kaiserreich mit der britischen Nation eingegangen aufzuberufen wird, sich befähigen zu sehen, und ich hoffe, daß, Dank einer liberalen, starken und duldsamen Regierung, die Wohlthaten des Friedens, der Wohlfahrt und des Fortschrittes dem Lande nicht mangeln werden, welches uns seine Zukunft anvertraut hat. Ich bin der Königin sehr dankbar für die Wahl eines so würdigen Vertreters, und ich bitte Sie, bei ihr der Dolmetsch meiner Gefühle gegen sie selbst und ihr Land zu sein.

Baden.

Pforzheim, 27. März. Hr. Moritz Müller von hier hatte, in Verfolgung seiner Idee, die Gründung eines deutschen Frauenvereins betreffend, auf gestern Abend einen zweiten Vortrag angekündigt, welcher von Frauen und Mädchen zahlreich besucht war. In seinem ersten Vortrag anknüpfend, machte Hr. Müller zunächst Mittheilung über einen in Leipzig gegründeten „Frauenverein“, der u. A. auch die Teilnahme der Männer, eine Vereinigung der weiblichen Bestrebungen in gemeinsamen Ausstellungen der Produkte ihrer Thätigkeit, sowie die Abhaltung allgemeiner „Frauentage“ erzwinge.

Auf Dasjenige übergehend, was Redner für hiesige Zwecke als geboten und möglich erachtet, nennt derselbe zunächst die Ausbildung der Diensthöfen, die ins Auge gefaßt werden soll. Derselbe findet den Grund zu allen Klagen über geringe Befähigung etc. des dienenden Personals darin, daß es demselben an der geistigen und intellektuellen Bildung gebräche, und verbreitet sich dann über die Einrichtung eines in Hannover unter der Regide der Königin bestehenden Instituts, das sehr segensreich wirkte. Als weiteres Bedürfnis nennt der Redner dann die Herstellung eines Arbeiterinnenkollegs. Hierbei seien freilich manche Schwierigkeiten zu überwinden; allein durch Zusammenwirken des Arbeiter- und Turnvereins mit dem Frauenverein ließe sich wohl ein Lokal beschaffen, in welchem die Arbeiterinnen und unbeschäftigte Mädchen in gewissen Stunden Unterricht finden könnten. Der dritte Punkt, welchen Redner berührt, betrifft die Einrichtung und Leistungen unserer Töchterschulen. In dieser Hinsicht wird als Musteranstalt eine in Leipzig bestehende Anstalt genannt, welche vor Allen in erzieherischem Sinn wirkte und die Mädchen durch praktische Einweisung und geschäftliche Einführung für den bürgerlichen Beruf vorbereite. Denjenigen Punkt endlich, auf welchen Hr. Müller den meisten Nachdruck legte, bildete die Betheiligung der Mädchen an den Bestrebungen der öffentlichen Kindergärten. Hier sollen unsere Töchter die Erziehungskunst praktisch erlernen und jede Jungfrau daselbst thätig eingreifen. Redner schildert hier, wie sehr in der Erziehung unserer Töchter gefehlt, wie sie viel zu bald der Schule und dem Unterricht entzogen, mit Tand und Genüßsucht befaßt gemacht werden, und stellt dann als Gegenläge die Söthel'schen Frauenbilder „Dorothea“ und „Lotte“ als Muster auf. Zur Gründung und allgemeinen Einführung von Kindergärten seien allerdings bedeutende Mittel nöthig; allein man habe auch Geld gefunden, um die Anstalten, die der leiblichen Noth abhelfen sollen, die Spitäler, herzustellen und zweckmäßig einzurichten; man habe Geld zu Missionen und Heidenbekehrungen, die in der Regel wenig Erfolge erzielen; ja man habe selbst Geld für Thiergärten und Pferdepalle; man solle das Geld für Errichtung von Kindergärten verwenden, die Verwendung sei zweckmäßiger als dort.

Am Schluß seines Vortrags empfiehlt Redner dann die Vereinigung der hier bestehenden Armen- und Frauenvereine mit seinen Bestrebungen. Wie diese sich die Abheilung der äußeren Noth zur Aufgabe gemacht haben, mögen dieselben mit ihm und andern Männern, die ihre Mitwirkung zugesagt haben, ebenso auch bemüht sein, der innern, geistigen und sittlichen Noth entgegenzuarbeiten.

Bermischte Nachrichten.

Dresden, 23. März. (D. A. Z.) Heute ist hier der erste Spatenstich zum Bau der Festhalle für das deutsche Sängereich erfolgt. Der Bau ist den Zimmermeistern Müller, Richter, Fuchs und Kammfeger gegen ein Affordquantum von 43,200 Thln. übertragen, und muß bis 15. Juli, bei Vermeidung von 1000 Thln. Strafe für jeden Tag, beendet sein. Die Halle wird eine Breite von 240 Fuß, eine lichte Spannweite von 160 Fuß, eine Höhe von etwa 76 Fuß und eine Länge von 542 Fuß erhalten.

Saaz, 26. März. (Fr. Z.) Gestern wurden den Contocorrent-Gläubigern des fallirten Hauses Sigrift und Fender dahier 50 Proz. ihres Guthabens ausbezahlt. Die Aktionäre der Privatbank gingen, wie vorauszu sehen, leer aus, so daß noch ziemlich über eine Million verloren ging. Allerdings ist noch einiger Ertrag durch die Ausschände dieses Hauses in der Fender'schen Kolonie Rosario oder Neu-Helvetia zu erwarten, welche nach den Einnahmen 400,000 Fr., nach Andern sogar 800,000 Fr. verschlungen haben soll. Der Prozeß selbst gegen die beiden Geranten wird demnächst zur Verhandlung kommen; jedoch haben die Jrenärzte erklärt, daß der noch immer in der Jrenenanstalt befindliche Hauptangeklagte Fender an einer Gehirn-erweichung leide, so daß voraussichtlich gegen ihn die Anklage niedergeschlagen und allein auf Sigrift, welcher auf Kaution freigelassen ist, laßen bleiben wird.

London, 25. März. Die Industriestaustellung der südlondoner Arbeiter ist am 23. d. geschlossen worden; Hr. Gladstone, welcher die Eröffnung vorgenommen hatte, zeigte in einem Entschuldigungschreiben seine Verhinderung an, bei der Schlußfeierlichkeit zu erscheinen. Statt seiner fungierte der Unterstaatssekretär Hr. Layard, welcher eine interessante Rede an die Versammelten hielt. Auch Carl von Schaffesbury war zugegen. Lord Palmerston hat sich gewillt erklärt, am künftigen Sonnabend die Vertheilung der Preise vorzunehmen.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
27. März.					
Morgens 7 Uhr	27° 5.93	+ 1.5	S.W.	ganz bew.	trüb, Schnee
Mittags 2 "	" 7.27	+ 3.5	N.W.	" "	" rauh
Nachts 9 "	" 8.02	- 0.0	" "	" "	" Schneeflocken

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 30. März. 2. Quartal. 48. Abonnementsvorstellung. **Martha**; Oper in 4 Akten, von Flotow.

Freitag 31. März. 2. Quartal. 49. Abonnementsvorstellung. Zweite Gastdarstellung des königlich preussischen Hofschauspielers Herrn Ludwig Dessoir. **Marzif**; Trauerspiel in 5 Akten, von Brachvogel. „Marzif“ — Hr. Dessoir.

Theater in Baden.

Wittwoch 29. März. **Liege's Memoiren oder Unruhige Zeiten**; Posse mit Gesang in 3 Akten, von Emil Pahl; Musik von Conradi. (In neuer Bearbeitung.)

Zu.809. Karlsruhe. Tieferschütterter zeigen wir Freunden und Bekannten hiermit an, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, unsere innig geliebte Tochter und Schwester Amalie du Mont von Saumagne nach kurzem Krankenlager am 27. d. M., Vormittags 11 Uhr, plötzlich in ein besseres Leben abzurufen. Wir bitten um stille Theilnahme.
Karlsruhe, den 28. März 1865.
Die tiefgebeugten Hinterbliebenen

Zu.742. Karlsruhe. **Bekanntmachung.**
Mit dem 1. April d. J. wird ein neuer Postomni- buskurs zwischen Speyer und Heidelberg über Hohenheim und Schwetzingen, mit anschließender Personenpost nach und von Waghäusel und Philippsburg, ins Leben treten.
Der Abgang aus Philippsburg wird um VII. aus Speyer um VIII. Morgens und die Ankunft in Heidelberg um X^{1/2} Vormittags erfolgen; die Rückfahrt aus Heidelberg wird um 5 Nachmittags, die Rückkunft in Speyer um 7^{1/2} und in Philippsburg um 8^{1/2} Abends stattfinden.
Karlsruhe, den 23. März 1865.
Direktion der groß. Verkehrsanstalten.
Zimmer. Lorenz.

Zu.754. Karlsruhe. **Bekanntmachung.**
Mit dem 1. April d. J. wird ein zweiter täglicher Personenkurs zwischen Mosbach und Oberbach ins Leben treten, welcher in beiden Städten um 3^{1/2} Nachmittags abgehen und um 7^{1/2} Abends ankommen wird.
Karlsruhe, den 24. März 1865.
Direktion der groß. Verkehrsanstalten.
Zimmer. Lorenz.

Zu.774. Karlsruhe. **Bekanntmachung.**
Mit höherer Genehmigung werden vom 1. April d. J. an in dem Baarenverzeichnis zum Tarif für den Güterverkehr auf den groß. Staatsbahnen (giltig vom 15. April 1863) verschiedene Klassifikationsänderungen in Kraft treten.
Die Verzeichnisse, in welchen die anderweit klassifizierten Artikel zusammengestellt sind, können bei sämtlichen diesseitigen Güterexpeditionen auf Verlangen unentgeltlich in Empfang genommen werden.
Karlsruhe, den 23. März 1865.
Direktion der groß. Verkehrsanstalten.
Zimmer. Schneider.

Zu.807. Wörthingen. Die Bad. Landeszeitung brachte unterm 21. v. Mts. in Nr. 47 ihres Blattes einen Artikel de dato Wörthingen, den 19. v. Mts., in welchem mit verschiedener unwarer Beschuldigung gemacht werden. Ich habe deshalb gegen den verantwortlichen Redakteur dieser Zeitung, Hrn. Madlo in Karlsruhe — welcher den Namen des anonymen Verfassers des Artikels verweigerte — bei groß. Amtsgerichte Karlsruhe wegen Ehrenkränkung gerichtliche Klage erhoben, und werde ich seiner Zeit zur Wahrung meiner Ehre das ergangene Urtheil veröffentlichen.
Wörthingen, den 20. März 1865.
Kirchenfondverrechner
Echelhammer.

Zu.193. **S. C.**
in
Karlsruhe.
Der hiesige S. C. ladet zu dem am 1. April hier stattfindenden Commers, zu vier seines 25jährigen Bestehens, sämtliche Corpspflichtiger der früheren und jetzt noch hier bestehenden Corps ein.
L. A. d. S. C.
A. Paula Sonza.

Zu.724. Bei J. & S. **Lehrlinggesuch.** Kapferer & Sohn in Freiburg i. S. kann ein Lehrling sofort eintreten.
Zu.721. Rastatt. **Schreinerlehrling-Gesuch.**
Ein braver junger Mensch kann unter günstigen Bedingungen das Schreinerhandwerk erlernen.
Näheres in der Haupt- und Kapellenstraße Nr. 3.

Auffeher-Gesuch.
Zu.803. Es wird ein Aufseher in eine Cigarrenfabrik gesucht, mit guten Zeugnissen versehen und in der Buchstube den Arbeiten vorstehen kann und willig unterzieht.
In demselben Geschäft finden Sortirerinnen und Cigarrenmacherrinnen dauernde Beschäftigung. Näheres Auskunft ertheilt die Expedition dieses Blattes.
Zu.806. Nr. 860. Leopoldshöhe. **Versteigerung.**
Samstag den 1. April d. J., Nachmittags 3 Uhr, werden auf dem Bahnhof in Lörz 11 Fässer Steinkohlentheeröl, im Bruttogewicht von 3242 Pfd., dem Verkauf in Steigerung ausgesetzt.
Leopoldshöhe, den 27. März 1865.
Groß. bad. Hauptzolamt bei Schusterinsel.
Kromer.

Zu.810. Durmersheim. **Stammholzversteigerung.**
Die Gemeinde Durmersheim läßt bis Dienstag den 4. April d. J., Morgens 9 Uhr anfangend, in ihrem Hartwald 266 Stück Forststämme, welche sich theils zu Sägflößen, theils zu Bau- und Nutzholz eignen, öffentlich versteigern.
Die Zusammenkunft ist am Platze selbst im diesjährigen Hiebsschlag neben der sogenannten Häsensstraße.
Durmersheim, den 27. März 1865.
Bürgermeisteramt.
Baib. vdt. Schlagler, Rathshdr.

Einladung zum Abonnement auf das 2. Quartal des II. Jahrganges der Deutschen **Roman-Zeitung** für 1 Thlr. vierteljährlich durch alle Buchhandlungen und Postanstalten zu beziehen!
welche dem Publikum die neuesten Romane der beliebtesten deutschen und ausländischen Schriftsteller zu dem in Bibliotheken üblichen Leihpreise als Eigenthum liefert (den Inhalt von circa 180 Romanbogen für nur 1 Thlr. vierteljährlich!) — Das zweite und dritte Quartal enthält folgende ausgezeichnete Deutsche Originalromane: „Der Wildpflanzler“ von Otto Müller. (3 Bände.) — „Friedel und Oswald“, Roman aus der Tyroler Geschichte, von Hermann Schmid. (3 Bände.) — „Die Mandantenwaise“ von Balduin Willhaufen. (4 Bände.) — „Drei Federn“ von Wilh. Raabe (Jakob Corvinus) Verf. des „Hunger-Pastor“. (3 Bände.) — „Die Alpenrose von Ischl“ von Aug. Silberstein, Verf. der Oesterreich. Dorfgeschichten. (3 Bände.) — „Die Schulgefahrten“ von Feodor Steffens. (2 Bände.) — „Der letzte Trunk“ von Ernst Willkomm. (1 Band.) u. u. c. — Ferner Novellen und viele kleine unterhaltende Aufsätze. — Man abonniert mit 1 Thlr. vierteljährlich bei allen Buchhandlungen und Postanstalten, in Karlsruhe bei der G. Braun'schen Buchhandlung. Z. u. 802.

Zu.221. **Industrie-Börse in Stuttgart.**
Nächster Börsentag: Montag den 3. April 1865.
Je schwieriger es in unserer Zeit dem Publikum gemacht wird,
unter den zahlreich auftauchenden Erscheinungen auf dem Gebiete der Gesundheitspflege das Richtige zu wählen, desto größer ist die Verpflichtung eines Jeden, das wirklich Gute zur Kenntniss seiner Mitmenschen zu bringen. Aus diesem Grunde ermannt man nicht, einen der massenhaft eingehenden Bewerfe für die Wirksamkeit des R. F. Daubitz'schen Kräuter-Liquours in die Oeffentlichkeit zu bringen:
„Sehr geehrter Herr Daubitz! Seit Jahren litt ich an Hämorrhoidal-Beschwerden, die sich häufig in einer so unangenehmen Art äuserten, daß ich weder Tag noch Nacht Ruhe fand. Da wurde ich nun zufällig auf eine Ihrer Annoncen aufmerksam und erfuhr gleichzeitig von einem Freunde, daß Sie in Thoren Herrn H. F. in dessen eine Niederlage Ihres Präparats übergeben haben. Ich ließ mir von dort einige Flaschen Ihres Kräuter-Liquours kommen und fand schon nach dem Verbrauch einer Flasche eine bedeutende Erleichterung. Da ich nun noch 10 Flaschen konsumirt habe, sind alle meine früheren Beschwerden verschwunden, ich erfreue mich eines gesunden Appetits, wie ich ihn früher nie kannte, und fühle mich wirklich wie neu geboren. Ich kann nicht unterlassen, Ihnen meinen aufrichtigsten Dank zu sagen, und wünsche im Interesse Anderer, die an ähnlichen Beschwerden leiden, sich vertrauensvoll Ihres so vorzüglichen Liquours zu bedienen; dann wird Ihnen gebilligt werden, die vorher vergeblich Hilfe suchten. Nehmen Sie nochmals meinen aufrichtigen Dank entgegen, sowie die Versicherung der ausgezeichneten Hochachtung Ihres ganz ergebenen
Wolfaec in Polen, 24. Januar 1864.
E. Giesmer, Rentier.“
Dieser Liquour ist allein echt zu haben: in Karlsruhe bei J. Kästl, Langestr. Nr. 44, und Ferd. Schneider, Malienstraße Nr. 29, sowie in sämtlichen Städten des Großherzogthums. Z. u. 386.

Zu.808. Karlsruhe. **Wäsche-Fabrik** von **Emil Lembke**, Langestr. Nr. 104, im Neubau der Herren F. Wolff & Sohn, empfiehlt ihr reichhaltiges Lager von **Herrenhemden, Nachthemden, Manchetten, Frauen-, Mädchen-, Kinderhemden, Nachjacken, Unterhemden, Hemdeneinsätzen, Unterjacken, Strümpfen u. Socken** zu den billigsten Preisen.
Bestellungen auf Herrenhemden werden unter Zusicherung solider Arbeit nach einem ganz vorzüglichen Muster in kürzester Zeit ausgeführt.
Probhemden stehen jederzeit gerne zu Diensten, bei Einsendung des genauen Halsmasses.

Zu.799. Karlsruhe. **Bekanntmachung.**
Steinkohlenlieferung für die Militärverwaltung betreffend.
Die Lieferung des für die Zeit vom 1. Juli 1865/66 erforderlichen Bedarfs der Militärverwaltung an **Ruhrer Grubentohlen**, und zwar für die Garnison Karlsruhe mit Durlach . . . 15,000 Zentner, Mannheim . . . 6,600 „ Bruchsal . . . 2,500 „ Rastatt . . . 6,000 „ Kehl . . . 1,100 „ Freiburg . . . 3,300 „ Konstanz . . . 3,000 „ für das Montirungs-Kommissariat Ettlingen . . . 600 „ zusammen 38,100 Zentner, wird im Commissionswege vergeben werden.
Diejenigen, welche die Lieferung des Bedarfs einzelner Orte oder des ganzen Quantums zu übernehmen beabsichtigen, haben ihre Angebote schriftlich und versiegelt, mit deutlicher Bezeichnung des Preises per Zentner und des Namens der Garnison versehen, mit der Aufschrift:
„Steinkohlenlieferung“
längstens bis **Donnerstag den 20. April 1865, Vormittags 10 Uhr,** portofrei an das großherzogliche Kriegsministerium einzuliefern, oder in die hier aufgestellte Commissionslade einzulegen.
Die Kohlen sollen wo möglich frei in die Magazine der betreffenden Garnisonen geliefert werden, und ist hiernach der Lieferungspreis zu stellen. Doch bleibt es den Committenten überlassen, ihre Angebote auch auf die Lieferung frei Bahnlos der Garnison oder frei Wagen am Schiffsausladeplatz zu machen.
Die Lieferung der Kohlen, welche in diesem **Ruhrer Fettschrot** zu versehen haben, muß im Laufe des Commers 1865 bis längstens Ende September erfolgen.
Auf diejenigen Committenten, welche direkt aus dem Ruhrer Gruben zu liefern im Stande sind, wird vorzugsweise Rücksicht genommen, und behält sich daher die groß. Kriegsverwaltung die Wahl unter den Committenten vor.
Karlsruhe, den 24. März 1865.
Sekretariat groß. Kriegsministeriums.
Fischer.

Zu.804. Waiblingen. **Holzversteigerung.**
Freitag den 31. d. M. werden aus diesem Gemeindefeld Distrikt Birtig 115 Stämme Eichen, die sich zu Eisenbahn-Schwellen, Bau- und Nutzholz eignen, sodann 11 Erlen, 7 Kirschbäume, 1 Forle, 2 Aspen und 1 Ahornstamm versteigert.
Die Zusammenkunft ist Morgens 9^{1/2} Uhr auf der Hiebfläche statt.
Waiblingen, den 22. März 1865.
Bürgermeisteramt.
Bader. Reber.

holz und 9 Stück zu Sägflößen geeignet sein dürften, und ein Aplerkirchbaum;
b) im Birkenwald liegend:
8 Stämme Eichen, zu Holländer- und Nutzholz geeignet.
Die Zusammenkunft ist Morgens 9 Uhr am Vogelherweg.
Eppingen, den 27. März 1865.
Gemeinderath.
Hochstetter. vdt. Welde.

Zr.520. Nr. 6059. Bruchsal. (Nachtrag.)
Nachträglich wird zu der diesseitigen Verpfändung vom 13. d. M. bemerkt, daß das eine der auf dem diesseitigen Hofbauwerk dabei erworbenen Pakete an Schumacher in Bruchsal mit der Werthangabe von 80 fl. 36 kr., einen Wechsel im Betrag von 28 fl. 6 kr. vom 20. April auf Pforzheim, einen solchen von 43 fl. 45 kr. vom 1. Mai auf Ettlingen und 8 fl. 35 kr. in hiesigen Scheinen und Postmarken; das Paket an Pfister in Stuttgart 4 Zehn-Suldencheine, einen Zehlfachen und zwei ein Suldencheine, jenes an Mose in Reutlingen eine ihr. Zehner-Rolle von 15 fl. und eine von 10 fl., und das Paket an Kernermann in Bruchsal ein Federmesser mit Schalen von Schilfroht und Perlmutter, und Taschenmesser mit Schalen von Schilfroht enthalten haben.
Es wird wiederholt um Fabung gebeten.
Bruchsal, den 27. März 1865.
Groß. bad. Amtsgericht.
Dr. Schütt.

Zr.510. Nr. 6989. Heidelberg. (Dirbstahl und Fälschung.)
Im Laufe dieses Winters wurden einer Wäscherin in Petershal folgende Gegenstände entwendet:
ein Leintuch, gezeichnet mit T., ein dto. dto. v. B., ein dto. dto. E. B., ein dto. dto. K. S., ein dto. ohne Naht, gezeichnet M. W., ein Frauenhemd mit rundem Halsauschnitt, gezeichnet T., ein neues dto., gezeichnet B. F., eine weiße Kissenzüge, mit B. gezeichnet.
Wir bitten um Fabung.
Heidelberg, den 24. März 1865.
Groß. bad. Amtsgericht.
S. Sypff.

Zr.479. Nr. 5254. Pforzheim. (Polizeiliches Strafverurtheil.)
Da sich der Konfirmand Friedrich Bürgin von Hauningen auf unsere Aufforderung vom 27. Dezember v. J., Nr. 47, nicht gestellt hat, so wird er nach Gesetz vom 5. Oktober 1820, Regelsblatt Nr. 15, als Rekrut für die Strafe von 800 fl. und in die Kosten des Verfahrens verurtheilt. Pforzheim, den 21. März 1865.
Amtsgericht. Kerkenmaier.

Zr.486. Nr. 6889. Heidelberg. (Fabungsannahme.)
Unser Fabungsbüchlein vom 18. d. Mts., Nr. 6453, nehmen wir anmit zurück, da Wäcker Andreas Kaibel inzwischen verstorben wurde.
Heidelberg, den 23. März 1865.
Groß. bad. Amtsgericht.
S. Sypff.

Zu.805. Eppingen. **Stammholz-Versteigerung.**
Nächster Montag den 3. April d. J. läßt die Stadt nachgenanntes Stammholz öffentlich an den Meistbietenden versteigern.
a) im Hartwald, Schlag 14 liegend: 65 Eichen mit einem Kubinhalt von 8192 Fuß, wovon 42 Stück zu Holländerholz, 14 Stück zu Bau-

Frankfurt, 27. März 1865.		Staatspapiere.		Anlehens-Loose.	
Desterr.	Per compt.	G. Hess.	Per compt.	Def. 25 fl. b. R. 1839	143 1/2 P.
50/100 Met. i. S. b. R.	—	50/100 Obligation.	97 1/2 P.	25 fl. b. R. 1864	186 1/2 P.
50/100 do. in holl. St.	—	Rasau 50/100 Oblig. b. Rth.	100 1/2 P.	100 fl. b. R. 1858	136 1/2 P.
50/100 do. 1852 i. P.	79 1/2 P.	40/100 do.	102 1/2 P.	500 fl. b. R. 1860	84 1/2 P.
50/100 do. 1859	78 1/2 P.	30/100 do.	99 1/2 P.	100 fl. b. R. 1864	94 1/2 P.
50/100 do. 1864	74 1/2 P.	20/100 do.	92 1/2 P.	3 1/2 P. Preuss. Pr. R.	—
50/100 Hamb. i. S. b. R.	85 1/2 P.	Kr. Hess. 40/100 Obl. Pr. R. 1865	100 P.	Schwed. Rthlr. 10 R.	10 P.
50/100 Banet. S. b. R. 1/2	85 1/2 P.	Bruchsal 30/100 D. b. R. 1865	93 1/2 P.	Bab. 50 fl. Loose	53 1/2 P.
50/100 Nat. Anl. 1864	88 1/2 P.	Wörth. 40/100 D. Pr. R. 1865	—	Kurb. 40 fl. b. R. 1865	56 1/2 P.
50/100 Met. Obligat.	62 1/2 P.	Frankf. 40/100 D. Pr. R. 1865	—	Gr. Hess. 50 fl. b. R. 1865	139 1/2 P.
50/100 do. 1852 E. b. R.	62 1/2 P.	Frankf. 30/100 Obligation.	96 P.	25 fl. b. R. 1865	37 P.
40/100 Met. Oblig.	55 1/2 P.	Frankf. 20/100 Oblig.	96 P.	Raff. 25 fl. b. R. 1865	35 1/2 P.
50/100 Obl. b. Rth.	105 1/2 P.	Frankf. 10/100 Oblig.	96 P.	Carb. 36 fl. b. R. 1865	—
40/100 do.	101 1/2 P.	Frankf. 5/100 Oblig.	96 P.	Rail. 45 fl. b. R. 1865	33 1/2 P.
40/100 do.	99 P.	Frankf. 3/100 Oblig.	96 P.	2 1/2 fl. Pr. R. 1865	35 P.
30/100 Staatsf.	—	Frankf. 2/100 Oblig.	96 P.	30/100 Borsen 100 fl. R.	80 1/2 P.
40/100 11jährig	101 1/2 P.	Frankf. 1/100 Oblig.	96 P.	Ansb. 50 fl. b. R. 1865	109 1/2 P.
40/100 10jährig	102 1/2 P.	Frankf. 1/200 Oblig.	96 P.	Wesphal. Loose	—
40/100 9jährig	98 1/2 P.	Frankf. 1/300 Oblig.	96 P.	Amsterdam L. S. 100 1/2 P.	—
40/100 8jährig	98 P.	Frankf. 1/400 Oblig.	96 P.	Antwerpen 94 1/2 P.	—
40/100 7jährig	98 P.	Frankf. 1/500 Oblig.	96 P.	Brüssel 99 1/2 P.	—
40/100 6jährig	98 P.	Frankf. 1/600 Oblig.	96 P.	Berlin 105 P.	—
40/100 5jährig	98 P.	Frankf. 1/700 Oblig.	96 P.	Bremen 97 1/2 P.	—
40/100 4jährig	98 P.	Frankf. 1/800 Oblig.	96 P.	Dresden 94 1/2 P.	—
40/100 3jährig	98 P.	Frankf. 1/900 Oblig.	96 P.	Hamburg 104 1/2 P.	—
40/100 2jährig	98 P.	Frankf. 1/1000 Oblig.	96 P.	Leipzig 104 1/2 P.	—
40/100 1jährig	98 P.	Frankf. 1/1100 Oblig.	96 P.	London 119 1/2 P.	—
40/100 Obl. b. Rth.	105 1/2 P.	Frankf. 1/1200 Oblig.	96 P.	Rail. i. Pr. 200 94 1/2 P.	—
40/100 do.	103 1/2 P.	Frankf. 1/1300 Oblig.	96 P.	Wien 99 1/2 P.	—
40/100 do.	95 1/2 P.	Frankf. 1/1400 Oblig.	96 P.	Paris 80 à 90 1/2 P.	—
40/100 Obligation.	100 1/2 P.	Frankf. 1/1500 Oblig.	96 P.	Disconto	3 1/2 P.
40/100 do. v. 1842	92 1/2 P.	Frankf. 1/1600 Oblig.	96 P.		
40/100 Obligation.	101 P.	Frankf. 1/1700 Oblig.	96 P.		